

Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger im Rat der Stadt Oberhausen

Rede zum

Haushalt 2016 und Haushaltssanierungsplan 2016

Ratssitzung am 16. November 2015

Karl-Heinz Mellis

Vorsitzender der Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger

im Rat der Stadt Oberhausen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Geschehnisse in Paris machen uns und alle demokratisch denkende Menschen tief betroffen, so dass wir uns den voran gegangenen Reden nur anschließen können.

Die Oberbürgermeisterwahl liegt nun bereits zwei Monate zurück. Die Wahl hat es gezeigt: In Oberhausen ist etwas in Bewegung - hier kommt etwas in Gang – die Bürgerinnen und Bürger wollen den Wechsel und haben einen politischen Neuanfang gewählt. Diesen Schwung gilt es mit in die weitere Legislaturperiode zu nehmen, um die zweifellos großen Herausforderungen, von der Bewältigung des Strukturwandels, der Flüchtlingsproblematik bis hin zur Haushaltskonsolidierung,- um nur einige zu nennen -, gemeinsam und fraktionsübergreifend zu meistern.

Die geringe Wahlbeteiligung müssen wir als ein Warnsignal begreifen, die Bürger mitzunehmen: Die Oberhausenerinnen und Oberhausener wollen von der Politik nicht nur zu den Wahlen gehört werden. Sie wollen mehr Verantwortung und Beteiligung an den Entscheidungen in ihrer Heimatstadt.

Bürgerbeteiligung und Demokratie muss insbesondere für die Oberhausener Jugend erlebbar werden und zum Mitmachen animieren. Das Jugendparlament ist ein richtiger Schritt zu mehr Teilhabe und Verantwortung gerade von jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Die Aktivitäten des Jugendparlaments sind

wichtige und positive Botschaften für die folgende Generation. Wir - die amtierende Politik – sollten sie mit aller Kraft unterstützen.

Wir brauchen die Zustimmung der Jugendlichen damit die Entscheidungen von heute auch dem morgen dienen. Und wir sind überzeugt, dass echte Bürgerbeteiligung frischen Wind ins Rathaus bringt und das demokratische Bewusstsein stärkt.

Der heute zu verabschiedende Haushalt 2016 wurde in der BOB-Fraktion intensiv und kontrovers beraten. Einerseits steht fest, dass wir nach den vielen Fehlentscheidungen der Stadtregierung in den letzten Jahren – nun leider – einen Konsolidierungskurs benötigen. Wir wollen auch einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, allerdings nicht auf Kosten von Lebensqualität, kultureller Teilhabe und des sozialen Zusammenlebens.

Immer wieder wird die Einhaltung des "Stärkungspaktes Stadtfinanzen" als gemeinsame Grundlage dargestellt, um den Haushaltsausgleich mit der Konsolidierungshilfe schnellstmöglich zu erreichen. Das Bündnis Oberhausener Bürger hat jedoch Zweifel, ob der Stärkungspakt auf Dauer ausreichen wird, und ob der erzwungene Konsolidierungskurs am Ende nicht mit dem Preis eines sozialen Unfriedens bezahlt wird.

Deshalb werden wir uns anderseits nicht dem bedingungslosen Spardiktat unterwerfen und uns das Zepter des politischen Handelns aus der Hand nehmen lassen. Wir wollen nicht die Bemühungen um den für 2017 angestrebten Haushaltsausleich schmälern, aber die Wahrheit ist, dass wir im Wesentlichen am

Tropf von Finanz- und Gewerbesteuerentwicklungen einerseits und Finanzhilfen des Bundes und des Landes anderseits hängen.

Die vom Städtetag geäußerte Forderung nach einer Neuregelung föderalen Finanzbeziehungen und Stärkung Leistungsfähigkeit der Kommunen ist gerade deshalb richtig. Es darf nicht sein, dass schon zwischen benachbarten Kommunen Lebensverhältnisse herrschen. Dass Kommunen gezwungen sind, jede noch so abwegige Gebühr unter den Zwängen der Konsolidierung zu bemühen. Wir werden deshalb später noch über die Folgen von Parkplatzgebühren reden Nach unserer Ansicht gehen diese und Maßnahmen viel zu einseitig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen daher nicht nur einen fiskalischen sondern auch einen gesellschaftlich ausgeglichenen Haushalt.

Zur Wahrheit gehört ebenso, dass für einen ausgeglichenen Haushalt weniger der Verwaltung als vielmehr den Bürgerinnen und Bürgern gedankt werden sollte. Denn sie tragen den seit Jahren immer enger gezogenen Gürtel aus Kultur-, Sozial- und Dienstleistungsabbau, Schulaus maroden und anderen mangelhaft gepflegten öffentlichen Gebäuden. Parks. überzogenen Müllgebühren, unattraktiven Parkplatzgebühren bei dennoch immer weiteren Steuererhöhungen mit überraschend viel Geduld. Das Bündnis Oberhausener Bürger bedankt sich deshalb bei Ihnen, liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener, dass Sie ihrer Heimatstadt so aufopfernd zur Seite stehen!

Wie schwer und weitreichend die Belastung für den Bürger ist, kann man mit Blick auf die Ertragsseite erkennen: Die bereits beschlossene Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B betrachtete die Ampelkoalition als alternativlos. Wir als BOB-Fraktion vermissen dagegen intelligente und alternative Vorschläge um den Haushalt der Stadt Oberhausen auch ohne Steuererhöhung zu gestalten.

Denn ein Grundübel aller Steuererhöhungen ist die Folge, dass sie sich immer negativ auf die Entwicklung und Ansiedlung von Unternehmen – und damit auch auf Arbeitsplätze - auswirken. Wir fordern den neuen Oberbürgermeister auf, die Steuern zu senken und die Rahmenbedingungen für die Neuansiedlung von Unternehmen zu verbessern, um nachhaltige Arbeitsplätze in Oberhausen zu schaffen. Damit erhöhen wir mittelfristig auch die Steuereinnahmen.

Beispiele für eine solche gelingende, alternative Politik sieht man in anderen Städten, die Firmen mit ausreichenden Flächen und familienfreundlicher wie wirtschaftsauch Steuerpolitik überzeugen. In Oberhausen existiert hingegen weder ein Konzept für die Wirtschaft, noch für Familien, noch für den Tourismus. ldeen und Ansätze gäbe es dabei genug, doch wer mit Unternehmerverbänden und der IHK spricht, hört davon, dass Oberhausen sich nicht in seine Dinge 'reinreden lassen will', und von "besonders dicken Brettern", die hier gebohrt werden müssen. Dieser offenbare 'Alleingang' der Verwaltung und Politik hat zu einem Stillstand in der Stadtentwicklung geführt, der mit einem neuen Stadtoberhaupt nun hoffentlich beendet wird.

Unsere Stadt braucht einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Moderne Wirtschaftspolitik schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze. Eine intelligente Wachstumspolitik braucht strategische Allianzen zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Dafür müssen dringend Hochschuleinrichtungen in Oberhausen angesiedelt und Forschungsallianzen gezielt gefördert werden.

Wir empfehlen Oberbürgermeister dem neuen einen Wirtschaftspolitik" Politik, "Zukunftsbeirat aus Verwaltung. Wirtschaft, Gewerkschaften sowie Bürgerinnen und Bürger zu gründen, in dem Wachstums- und Kompetenzfelder als künftig verlässliche wirtschaftspolitische Schwerpunkte erarbeitet werden Medizintechnik. Biotechnologie. Informationund (z.B. Kommunikationstechnologie o.a.).

Gleichzeitig muss der Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft, sowie Handwerk, Handel und Gewerbe durch möglichst kleinteilige Auftragsvergaben der öffentlichen Hand gestärkt werden.

Denn in der Metropole Ruhr stehen wir in Konkurrenz mit allen anderen Ruhrgebiets-Städten um die Ein- und Auspendler und ansiedlungswillige Unternehmen zu unseren Gunsten ZU interdisziplinäre benötigen beeinflussen. wir Dazu eine Stadtentwicklung, die Industrie- und Gewerbeflächen identifiziert, die attraktive Wohngebiete entwickelt sowie eine Steuerpolitik, die abschreckt sich Zuzügler potentielle nicht in Oberhausen anzusiedeln. Unabdingbar ist darüber hinaus eine Infrastruktur mit gut ausgebautem Straßen- und Radwegenetz, sowie ein gut funktionierender ÖPNV.

Oberhausen muss vor allem aber in seine Zukunft investieren: in die Bildung seiner Kinder. Doch gerade da hat der Haushaltsplan des Kämmerers seine großen Lücken: Die millionenstarke Inklusionspauschale wird hauptsächlich dazu verwendet, die Folgen der seit Jahrzehnten vernachlässigten Sanierung der Schulgebäude auszubügeln. So wird die Barrierefreiheit in Gebäuden hergestellt, alte Schulräume werden zu so genannten Differenzierungsräumen saniert. Vermutlich werden mit der Inklusionspauschale auch die bekannten hygienischen Mängel auf den Schultoiletten beseitigt, unter der Maßgabe, dass die ja behindertengerecht umgebaut werden müssen.

Diese Beispiele deuten an, dass die zusätzlichen Mittel des Landes am Ende für Ausgaben verpuffen, die originäre Aufgaben des Schulträgers sind. Während anderswo diese Mittel für das inhaltliche Voranbringen der Inklusion, für die Ausstattung der Schulen, für die Förderung der Schüler eingesetzt werden.

Das Beispiel offenbart aber auch das viel größere Dilemma eines seit Monaten ständig verschleppten Schulentwicklungsplans für Oberhausen: Ohne ein solches positives Konzept, das die Chancen für unsere Stadt beschreibt, ohne eine entsprechende Planung im Haushalt, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass hinter den Begriffen "Inklusion" und "Schulentwicklung" lediglich knallharte Sparpläne des Landes und der Kommune stecken.

Die Inklusion und der Umbau unserer Schullandschaft werden derzeit nur rein fiskalisch betrachtet. In der Gesellschaft erzeugt man so leider nur Verunsicherung und eine rückwärtsgewandte Debatte um Schulschließungen – und so wird sie leider auch aktuell in Oberhausen geführt.

Das Bündnis Oberhausener Bürger fordert deshalb unverzüglich die Erarbeitung eines Schulentwicklungsplans mit entsprechenden Kostenstellen im Haushalt. Wir – die Politik in Oberhausen - brauchen den Mut zu Visionen und damit zu ambitionierten Zielvorgaben, an denen wir uns messen lassen.

Nicht weniger schwer wiegt dass die es. wichtige Schulsozialarbeit in Oberhausen auf eine Drittmittelfinanzierung abgestellt wurde. Damit erweisen sich die im Haushalt vermerkten Personaleinsparungen einmal mehr als Augenwischerei. Denn die Sozialarbeit an Schulen ist ohne Zweifel notwendig, um gleiche Bildungschancen für benachteiligte Kinder herzustellen. müssten daher ein unverzichtbarer Bestand in unserer Stadt mit festen Stellen sein. Und spätestens 2018, wenn diese Drittmittel auslaufen, müsste der Haushalt dafür eigene Mittel aufbringen – der Haushaltssanierungsplan der Verwaltung bis 2020 schweigt sich jedoch darüber aus. Rücklagen, mit denen 2018 die Schulsozialarbeit fortgesetzt werden kann, sind nirgends zu finden. Ein solches riskantes Spiel mit den Bildungschancen unserer Kinder ist aus unserer Sicht nicht zu akzeptieren.

Die Stadt stellt damit eine notwendige kontinuierliche Schulsozialarbeit doppelt auf unsichere Füße: Denn sie lässt ebenso zu, dass weitere prekäre Verhältnisse durch Zeitverträge entstehen. Sie riskiert folglich, dass gute Arbeit in solche Städte abwandert, wo man sich feste Stellen leistet. Auch dies halten wir für einen unakzeptablen Trend in der kommunalen Bildungspolitik.

Kein Thema bewegt uns in diesen Wochen mehr wie die Not der die Zuflucht in unserem Land suchen. Auch Oberhausen leistet seinen Beitrag, und die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ist bemerkenswert. In allerkürzester Zeit wurde das Erforderliche auf die Beine gestellt, um für die ankommenden Flüchtlinge eine Notunterbringung zu ermöglichen - in einem Klima, in dem sie sich willkommen fühlen können. Aber: Unsere Stadtverwaltung ist erheblich gefordert: Nicht nur Unterbringung, Betreuung und Unterhalt müssen funktionieren. Zusätzlich ergeben sich langfristige Anforderungen aus der sich Integrationsarbeit für alle anschließenden Bildungs-Sozialbereiche der Stadt. Ob für diese dringend notwendigen Leistungen genügend Mittel in den Haushalt 2016 eingestellt wurden, darf bezweifelt werden.

Vor der wohl größten Herausforderung stehen wir bei der von Wohnraum. Wir neuem brauchen Schaffung bezahlbaren und energieeffizienten Wohnraum. Wir müssen den Anteil an förderfähigem Wohnraum steigern, die besonderen Wohnbedürfnisse von Familien mit Kindern und Senioren in den stellen. Die Genehmigungsverfahren Vordergrund beschleunigt werden, damit zeitnah entsprechende Grundstücke zur Verfügung gestellt werden können. Die Förderung neuen Wohnens im Bestand und eine alten- und behindertengerechte Quartiersentwicklung durch konsequente Reduzierung Barrieren in Wohnräumen und im Wohnumfeld steht dabei ebenso im Fokus wir eine energetische Modernisierung zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele unserer Stadt. Und natürlich zählt dazu primär die Bereitstellung von Wohnraum für

Gruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf wie obdach- und wohnungslose Menschen und Flüchtlinge. Auch für diese Grundbedürfnisse ist aus Sicht der BOB-Fraktion im Haushalt 2016 viel zu wenig Geld eingestellt.

Lassen Sie mich ganz deutlich sagen: der Haushalt entspricht in vielen Bereichen nicht den Vorstellungen der BOB-Fraktion und müsste grundlegend überarbeitet werden. Im Hinblick auf verschiedene, zig-millionenschwere Fördermaßnahmen in Osterfeld, in Sterkrade und in Alt-Oberhausen, die ohne einen genehmigten Haushalt in Frage gestellt würden, hat sich die BOB-Fraktion dennoch entschieden, dem Haushalt 2016 zuzustimmen.

Wir sehen darin eine Chance für einen grundlegenden Neuanfang der Stadtentwicklung und verbinden diese Zustimmung mit der Forderung, dass die öffentlichen Mittel nicht zur Beseitigung des Sanierungsstaus verwendet, sondern zur deutlichen Verbesserung der Wohn- und Aufenthaltsqualität in allen Stadtteilen investiert werden.

Gleichfalls möchten wir ein Zeichen setzen für eine gemeinsame – fraktionsübergreifende – Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger. Lassen Sie uns gemeinsam für ein noch lebenswerteres Oberhausen streiten. So können wir erreichen, dass Oberhausen sich weiterentwickelt – und sich ein positives Image in der Stadtgesellschaft bildet.

Es gilt die Zukunft von Oberhausen zu gestalten – das heißt vor allem auch nachhaltig zu denken und zu entscheiden – auf

diesem Weg möchten wir uns gerne mit kreativen Ideen und Visionen einbringen.

Ihr Bündnis Oberhausener Bürger

Karl-Heinz Mellis

Werner Nowak

Peter Bruckhoff